



Niederschrift

über die Sitzung
des Jugendhilfeausschusses
am 19.09.2017

Anwesend

- Vorsitz

Steitz, Georg

- Mitglieder

Bennemann, Gerd (Vertretung für Herrn Horst Hof)
Bub, Kerstin
Dietz-Lenssen, Matthias Dr. (Vertretung für Frau Nurhayat Canpolat)
Jaensch, Ruth
Klomann, MdL, Johannes (Vertretung für Frau Myriam Lauzi)
Konrad, Walter
Lange, Karsten
Lensch, Eckart Dr.
Odenweller, Anette (Vertretung für Herrn Klaus Hafner)
Orellana Mardones, Tupac Simon (Vertretung für Frau Waltraud Hingst)
Schmitt, Uta
Siebner, Claudia
Wellstein, Ute (Vertretung für Frau Ann Kristin Pfeifer)
Westrich, Sissi

- Mitglieder (nicht Ratsmitglieder)

Gerth, Ulrich
Günay, Gülsüm Dr.
Kaltenbach, Reinhard (Vertretung für Frau Setna C. Barclay)
Plum-Burns, Sophia
Schuster, Regine

- beratende Mitglieder

Carstensen, Jens
Fülber, Regina
Hansen, Marcus
Klünemann, Bettina
Panschar, Frank (Vertretung für Frau Gaby Göbig-Fricke)
Piel, Viktor
Stollenwerk, Eva-Maria (Vertretung für Herrn Askin Hazir)

- Schriftführung

Besch, Monika
Meier, Felix

Entschuldigt fehlen

- Stellvertretende/r Vorsitzende/r

Kirchhart, Stefanie Dr.

- Mitglieder

Braun, Ludwig
Eckhardt, Gerd Dr.
Gill-Gers, Alexandra
Hafner, Klaus
Hingst, Waltraud
Hof, Horst
Lauzi, Myriam
Leidecker, Felix
Mehler, Kurt
Pfeifer, Ann Kristin
Schykowski, Martin
Stumpf, Heinz-Werner
Viering, Christian

- Mitglieder (nicht Ratsmitglieder)

Barclay, Setna C.

- beratende Mitglieder

Acker, Werner
Boos-Waidosch, Marita
Diefenbach, Kerstin
Dumno, Nicole
Eberhardt, Judith
Elsen, Michael
Genßler, Elke Pfarrerin
Göbig-Fricke, Gaby
Hazir, Askin
Krück-Weißmüller, Michael
Nemazi-Lofink, Peimaneh
Rizkalla, Diana
Saßenberg, Kersten
Schindler-Siegreich, Stella
Schwamb, Marina
Weickart, Eva
Winheller, Andreas
Wörsdörfer, Johannes

Tagesordnung

a) öffentlich

1. Kommunales Integrationskonzept für (Neu-)Zugewanderte in der Landeshauptstadt Mainz
2. Schutzkonzept der Stadt Mainz für Flüchtlinge mit LSBTTI - Hintergrund

Der Vorsitzende eröffnet um 16:34 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 1 **Kommunales Integrationskonzept für (Neu-)Zugewanderte in der Landeshauptstadt Mainz** **Vorlage: 0759/2017**

Jugendhilfeausschuss:

Herr Müller vom Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gemeinnützige GmbH „ism“ erörtert das vorgelegte Kommunale Integrationskonzept für (Neu-)Zugewanderte in der Landeshauptstadt Mainz und damit in Zusammenhang stehende Themen in einem Vortrag. Anschließend wird das Vorgetragene durch die Ausschusmitglieder aus verschiedenen Blickwinkeln diskutiert.

Herr Gerth bemängelt, dass dem Konzept der Themenkomplex „Gesundheit“ der Geflüchteten fehle. Insbesondere die Traumatisierung habe gravierende, die psychische Gesundheit beeinflussende Auswirkungen und sei ein erhebliches Integrationshindernis.

Herr Müller antwortet, dass man zum Zeitpunkt des Beginns der Studie im Jahre 2015 die Themen ausgewählt habe, auf die die Kommune Einfluss habe.

Herr Lange vertritt die Auffassung, dass insbesondere beim Handlungsfeld Arbeitsmarkt und berufliche Bildung Schwerpunkte bei der Integration gesetzt werden müssen.

Herr Gerth setzt sich dafür ein, dass das Thema „Gesundheit“ als fünftes Handlungsfeld aufgenommen werden sollte.

Zusammenfassend schlägt Herr Steitz vor, über die vorliegende Beschlussvorlage abzustimmen und darüber hinaus festzuhalten, dass die Ausschüsse empfehlen, die Verwaltung zu bitten, das Themenfeld „Gesundheit“ bei der Umsetzung der Konzeption mit zu berücksichtigen.

Hierüber besteht in den Ausschüssen Einvernehmen.

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt einstimmig, dass bei der Umsetzung des Kommunalen Integrationskonzeptes für (Neu-)Zugewanderte das Themenfeld Gesundheit mitberücksichtigt wird.

Die städtischen Gremien nehmen das Integrationskonzept für (Neu-) Zugewanderte zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, die einzelnen Integrationsmaßnahmen des Konzeptes umzusetzen. Hierzu ist ein geeignetes Monitoringsystem vorzulegen.

Sozialausschuss:

Herr Müller vom Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gemeinnützige GmbH „ism“ erörtert das vorgelegte Kommunale Integrationskonzept für (Neu-)Zugewanderte in der Landeshauptstadt Mainz und damit in Zusammenhang stehende Themen in einem Vortrag. Anschließend wird das Vorgetragene durch die Ausschussmitglieder aus verschiedenen Blickwinkeln diskutiert.

Herr Gerth bemängelt, dass dem Konzept der Themenkomplex „Gesundheit“ der Geflüchteten fehle. Insbesondere die Traumatisierung habe gravierende, die psychische Gesundheit beeinflussende Auswirkungen und sei ein erhebliches Integrationshindernis.

Herr Müller antwortet, dass man zum Zeitpunkt des Beginns der Studie im Jahre 2015 die Themen ausgewählt habe, auf die die Kommune Einfluss habe.

Herr Lange vertritt die Auffassung, dass insbesondere beim Handlungsfeld Arbeitsmarkt und berufliche Bildung Schwerpunkte bei der Integration gesetzt werden müssen.

Herr Gerth setzt sich dafür ein, dass das Thema „Gesundheit“ als fünftes Handlungsfeld aufgenommen werden sollte.

Zusammenfassend schlägt Herr Steitz vor, über die vorliegende Beschlussvorlage abzustimmen und darüber hinaus festzuhalten, dass die Ausschüsse empfehlen, die Verwaltung zu bitten, das Themenfeld „Gesundheit“ bei der Umsetzung der Konzeption mit zu berücksichtigen.

Hierüber besteht in den Ausschüssen Einvernehmen.

Der Sozialausschuss stimmt der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Der Sozialausschuss empfiehlt einstimmig, dass bei der Umsetzung des Kommunalen Integrationskonzeptes für (Neu-)Zugewanderte das Themenfeld Gesundheit mitberücksichtigt wird.

Die städtischen Gremien nehmen das Integrationskonzept für (Neu-) Zugewanderte zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, die einzelnen Integrationsmaßnahmen des Konzeptes umzusetzen. Hierzu ist ein geeignetes Monitoringsystem vorzulegen.

Punkt 2 **Schutzkonzept der Stadt Mainz für Flüchtlinge mit LSBTTI - Hintergrund**
Vorlage: 0872/2017

Jugendhilfeausschuss:

Herr Bördner, Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Leitstelle Wohnen, stellt das Schutzkonzept für Flüchtlinge mit LSBTTI-Hintergrund vor.

Die Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Vorlage einstimmig zu.

Die städtischen Gremien beschließen das Schutzkonzept für Flüchtlinge mit LSBTTI-Hintergrund. Die Verwaltung wird beauftragt, das Schutzkonzept entsprechend umzusetzen.

Sozialausschuss:

Herr Bördner, Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Leitstelle Wohnen, stellt das Schutzkonzept für Flüchtlinge mit LSBTTI-Hintergrund vor.

Die Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Der Sozialausschuss stimmt der Vorlage einstimmig zu.

Die städtischen Gremien beschließen das Schutzkonzept für Flüchtlinge mit LSBTTI-Hintergrund. Die Verwaltung wird beauftragt, das Schutzkonzept entsprechend umzusetzen.

Ende der Sitzung: 18:36 Uhr

.....
Vorsitz

.....
Schriftführung